

Franz-Josef Meiers



Außen- und Sicherheitspolitik im geteilten Deutschland

Eine Verflechtungsgeschichte

BeBra Wissenschaft Verlag

Außen- und Sicherheitspolitik im geteilten Deutschland

Franz-Josef Meiers

Außen- und Sicherheitspolitik im geteilten Deutschland

Eine Verflechtungsgeschichte

BeBra Wissenschaft Verlag

Gefördert durch Mittel der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG)

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie, detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb-d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten.

Dieses Werk, einschließlich aller seiner Teile, ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen, Verfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung auf DVDs, CD-ROMs, CDs, Videos, in weiteren elektronischen Systemen sowie für Internet-Plattformen.

Der BeBra Wissenschaft Verlag ist ein Imprint des BeBra Verlags.

© 2023 BeBra Verlag GmbH

Asternplatz 3, 12203 Berlin

post@bebraverlag.de

Lektorat: Astrid Volpert, Berlin

Umschlag: typegerecht berlin (Foto: picture-alliance / dpa / Istvan Bajzat)

Satz: Zerosoft

Schrift: Minion Pro 10/12 pt

Gedruckt in der EU

ISBN 978-3-95410-308-9

www.bebra-wissenschaft.de

Inhalt

Einleitung: Asymmetrisch verflochten – die doppelte deutsche Nachkriegsgeschichte	7
Stand der Forschung	9
Konzeptionelle Überlegungen zur Dialektik von Verflechtung in der Abgrenzung	13
Untersuchungsinteresse	27
Die vier Problembereiche	29
Akteure	30
Quellen	30
I. Weichenstellungen der Nachkriegszeit, 1945–1955	33
Vom Feindstaat zur doppelten Staatsgründung, 1945–1949	33
Westdeutscher Teil- oder deutscher Nationalstaat, 1949–1955	52
II. Deutschlandpolitik im Wandel des Ost-West-Konflikts, 1955–1984/95	77
Ansprüche: die Politik der maximalen Forderungen, 1949–1963	77
Suchbewegungen: zwischen der »Politik der Bewegung« und der »Ulbricht-Doktrin«, 1963–1969	110
Koexistenz auf Deutsch: die Neue Ostpolitik, 1969–1973	143
Wandel durch Stabilität: die Politik der kleinen Schritte, 1974–1978	192
»Koalition der Vernunft«: deutsch-deutsche Dialogpolitik im Schatten der »neuen Eiszeit« zwischen den Supermächten, 1979–1984/85	212
III. Ausweitung von Kontakten und Kommunikation: Der KSZE-Prozess, 1973–1989	259
Die KSZE-Schlussakte, 1973–1975	262
Von Belgrad nach Madrid, 1977–1983	278
Das Wiener Folgetreffen, 1986–1989	297

IV. Sicherheitspartnerschaft: deutsch-deutsche Beziehungen im Schatten amerikanischer und sowjetischer Atomwaffen, 1972–1990	313
Ungleichgewichte: die Grauzonen-Waffen, 1972–1979	313
Konflikte: der deutsche Spagat zwischen Rüstungskontrolle und (Nach)- Nachrüstung, 1979 –1984/85	324
Durchbruch: die doppelte Null-Lösung, 1985–1987	350
Verstimmungen: die Auseinandersetzungen um die dritte Null-Lösung, 1988–1990 .	360
V. Umkehr der deutschen Nachkriegsgeschichte, 1985–1990	367
Der »Gorbatschow Faktor«: deutsch-deutsche Dialogpolitik im Sog von »Glasnost« und »Perestroika«, April 1985–September 1987	367
»Winds of Change«: die deutsche-deutsche Dialogpolitik am Scheideweg, Oktober 1987–August 1989	391
Wandel von unten: der Herbst 1989, August/September–November 1989	430
»De Bärn is gschält«: auf dem Weg zur deutschen Einheit, November 1989–April 1990	489
Zwei plus Vier gleich Eins: die vertragliche Auflösung der deutsch-deutschen Verflechtungsbeziehungen, Mai–Oktober 1990	539
Schlussbetrachtung: asymmetrische Verflechtung in der Abgrenzung – eine endliche deutsche Geschichte	585
Epilog: die Berliner Republik in einer neuen Ära	603
ANHANG	611
Quellen und Literatur	613
Dank	744
Über den Autor	745

Einleitung: Asymmetrisch verflochten – die doppelte deutsche Nachkriegsgeschichte

Am 9. November 1989 öffnete sich unerwartet die Berliner Mauer. Die Folgen des historischen Ereignisses für die beiden deutschen Staaten fasste Willy Brandt in den denkwürdigen Worten zusammen: »Jetzt wächst zusammen, was zusammen gehört.«¹ Seine Formulierung stieg während des Einheitsprozesses zur parteiübergreifenden Sprachformel auf, die die Unnatürlichkeit der Teilung Deutschlands ausdrückte. Hundertausende von DDR-Bürgern nutzten in den folgenden Tagen die Gelegenheit, das nachzuholen, was ihnen das SED-Regime über mehr als drei Jahrzehnte verwehrt hatte: nach West-Berlin und in die Bundesrepublik zu einem Tagesaufenthalt zu reisen. Die Maueröffnung war gleichzeitig das Startsignal für intensive bi- und multilaterale Verhandlungen, die am 3. Oktober 1990 zur Vereinigung Deutschlands führten. »Was für ein Jahr!«, fasste Horst Teltchik, damals Ministerialdirektor im Bundeskanzleramt, den Ablauf »der 328 Tage, die uns so oft den Atem stocken ließen«, zusammen.²

Vier Jahrzehnte zuvor hatte mit der doppelten Staatsgründung der Bundesrepublik Deutschland am 23. Mai 1949 und der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) am 7. Oktober 1949 angesichts unüberwindlicher Interessengegensätze zwischen den drei Westmächten (USA, Großbritannien und Frankreich) und der vierten Siegermacht, der Sowjetunion, die im Potsdamer Protokoll vom 2. August 1945 beschlossene gemeinsame Verwaltung des besetzten Deutschlands ihr Ende gefunden. Beide deutsche Staaten verstanden sich als Antithese zum Zivilisationsbruch des Nationalsozialismus, aus dem sie die Lehren zogen, dass vom deutschen Boden nie wieder Krieg ausgehen dürfe und nationalistischen Alleingängen abgeschworen werden müsse. Die historischen Erfahrungen, die die beiden deutschen Staaten aus den im Potsdamer Protokoll

¹ Die Worte fanden sich in drei Interviews wieder, die Brandt vor und nach seiner Rede auf der Grobkundgebung vor dem Schönberger Rathauses am 10. November 1989 gegeben hatte. Timothy Garton Ash: *Wächst zusammen, was zusammengehört? Vortrag im Rathaus Schöneberg zu Berlin*, 5. November 1999, Berlin 2001, S. 43, 45, 50. – Vgl. Bernd Rother: »Jetzt wächst zusammen, was zusammen gehört«, in: Bernd Faulenbach/Andreas Helle (Hrsg.): *Menschen, Ideen, Wegmarken. Aus 150 Jahren deutscher Sozialdemokratie*, Berlin 2013, S. 384–391.

² Horst Teltchik: *329 Tage. Innenansichten der Einigung*, Berlin 1991, S. 374 (künftig zitiert: Teltchik: 329 Tage).

niedergelegten vier »D's« – Dezentralisierung, Denazifizierung, Demokratisierung und Demilitarisierung – gezogen hatten, beförderten zwei politische Systeme, die nach innen (parlamentarische Demokratie vs. »Volksdemokratie«, Pluralismus vs. »demokratischer Zentralismus«, soziale Marktwirtschaft vs. sozialistische Planwirtschaft) und in ihren Außenbeziehungen (West- vs. Ostbindung) völlig entgegengesetzte Wege beschritten. Die Teilung Deutschlands verhärtete sich durch die Einbindung der beiden deutschen Staaten in ein bipolares europäisches Staatensystem, das die vorhandenen Partikel in Richtung der beiden sich abstoßenden Pole zog. Sowohl die Erfolge, die die von Bundeskanzler Konrad Adenauer Anfang der 1950er Jahre eingeleitete Politik der Westbindung erzielen konnte – Wiederherstellung der Souveränität, Gewährleistung des westdeutschen Sicherheitsbedürfnisses, wirtschaftlicher Wiederaufbau – als auch die Konsolidierung der Machtverhältnisse in der DDR nach der Niederschlagung des Arbeiteraufstandes vom 17. Juni 1953 und der vom sowjetischen Staats- und Parteichef Nikita Chruschtschow im Zuge der Genfer Gipfelkonferenz Ende Juli 1955 proklamierten Zwei-Staaten-Theorie vertieften in der Folgezeit die Teilung Deutschlands.

Im Zuge der amerikanisch-sowjetischen Annäherung seit Mitte der 1960er Jahre gelang den beiden deutschen Staaten mit dem Grundlagenvertrag, Europa vom deutschen »Sonderkonflikt«³ zu entlasten. Während die deutsche Frage für die Bundesregierung nicht mehr Gegenstand nationaler Forderungen, sondern ein menschliches Anliegen war, hatte sie sich für das SED-Regime erledigt. Die vertragliche Regelung der deutschen Frage leitete den Prozess der deutsch-deutschen Dialogpolitik ein, gutnachbarschaftliche Beziehungen zwischen den beiden deutschen Teilstaaten zu errichten. In einer »Koalition der Vernunft« rückten die Bundesregierung und die SED-Führung erkennbar näher in dem Bemühen, die negativen Auswirkungen der Ende der 1970er Jahre erneut aufflammenden Konfrontation zwischen den beiden Supermächten so weit wie möglich von ihrer Dialogpolitik fernzuhalten. Zur eigentlichen Herausforderung für die Politik der kleinen Schritte wurde das Versagen des SED-Regimes, den seit Ende der 1970er Jahre stetig fortschreitenden Prozess des politischen und wirtschaftlichen Niedergangs mit einem starren Festhalten an der sozialistischen Ordnung aufzuhalten. Hinzu kamen zwei Faktoren, die im Krisenmanagement des SED-Regimes nicht eingeplant waren: Der neue sowjetische Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow, der mit der Aufhebung des Herrschaftsmonopols der Kommunistischen Partei und der Absage an die Breschnew-Doktrin die Prämissen der Ostbindung des SED-Staates untergrub, und das eigene Volk, das mit den Füßen sein Urteil über Erstarrung und Verfall des SED-Sozialismus abgab. Mit der Öffnung der Berliner Mauer begann ein Prozess, der 329 Tage später mit der Wiedervereinigung Deutschlands am 3. Oktober 1990 endete.

³ Richard Löwenthal: Vom kalten Krieg zur Ostpolitik, Stuttgart 1974, S. 2.

Stand der Forschung

Wer als Zeithistoriker oder Politikwissenschaftler in der Bundesrepublik über deutsche Außen- und Sicherheitspolitik schrieb, beschränkte sich entweder auf den West- oder den Ostteil Nachkriegsdeutschlands. Darstellungen,⁴ die die Geschichte der beiden deutschen Staaten parallel in inhaltlich abgegrenzten Politikfeldern untersuchten, waren bis Ende der 1980er Jahre die Ausnahme. Die Historiographie der DDR war das Spiegelbild der bundesdeutschen, nur mit umgekehrten Vorzeichen. Seit 1949 gab es zwei Staaten, die historiographisch als völlig getrennte Subjekte behandelt wurden. »Im Grunde handelte es sich um zwei unterschiedliche Entwicklungslinien und potenzielle Möglichkeiten, die seit dem Ersten Weltkrieg und seinem Gefolge zugleich als Epochenprozesse und -konstellationen manifest wurden,« fasste Rolf Badstübner im Rückblick die Position der DDR-Historiographie zusammen.⁵

Auch nach dem Ende des Ost-West-Konflikts konzentrierten sich Darstellungen zur westdeutschen Außen- und Sicherheitspolitik bis zur Wiedervereinigung auf ihr Teilfeld. Studien zur DDR-Außen- und Sicherheitspolitik konnten auf umfangreiches ostdeutsches Archivmaterial zurückgreifen, konzentrierten sich aber weiterhin mit ihren Darstellungen zur Geschichte der DDR-Außenpolitik, zur Rolle der DDR in der zweiten Berlin-Krise, zur Haltung der SED-Führung zum Prager Frühling und zur Polen-Krise (1980–81), der Rolle der für den außenpolitischen Entscheidungsprozess relevanten Ministerien (Ministerium für Nationale Verteidigung, Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Ministerium für Staatssicherheit) und Abteilungen des Zentralkomitees (ZK) der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED), zur Entwicklung der SED-Deutschlandpolitik, zu den deutsch-deutschen Beziehungen seit Ende der 1960er Jahre, zum Verhältnis der DDR zur Sowjetunion, zur Auseinandersetzung um den NATO-Doppelbeschluss und der Herbst-Revolution '89 in der DDR auf ihr Teilgebiet. Kleßmanns Konzept einer »asymmetrisch verflochtenen Parallelgeschichte« ist gerade von der zeithistorischen Forschung in den Bereichen wirtschaftlicher, technologischer, umweltpolitischer und soziokultureller Entwicklungen aufgegriffen worden.⁶ Dabei fällt auf, dass das klassische Politikfeld der Außen- und Sicherheitspolitik in vergleichenden Untersuchungen zu den deutsch-deutschen Beziehungen ausgespart worden ist bzw. sich auf wenige Sammelbände beschränkt. Ausnahmen bilden die Studien von Petra Weber zur deutsch-deutschen Geschichte von

⁴ Für die zahlreichen Darstellungen sei auf das Literaturverzeichnis verwiesen.

⁵ Rolf Badstübner: Vom »Reich« zum doppelten Deutschland. Gesellschaft und Politik im Umbruch, Berlin 1999, S. 15; Rolf Badstübner et al.: Die antifaschistisch-demokratische Umwälzung, der Kampf gegen die Spaltung Deutschlands und die Entstehung der DDR von 1945–1949, Berlin (Ost) 1989, S. 11f.

⁶ Für die zahlreichen Darstellungen sei auf das Literaturverzeichnis verwiesen.

1945 bis 1989/90, die den Schwerpunkt auf die Bereiche Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Sozialkultur und Kultur legt,⁷ und von Hermann Wentker über den Gorbatschow-Diskurs im doppelten Deutschland, in der er eine überzeugende Verflechtungs-, Perzeptions- und Beziehungsgeschichte präsentiert.⁸ Demgegenüber sucht man bei Wentkers grundlegender Arbeit zur Geschichte der DDR-Außenpolitik von 1949 bis 1989 verflechtungs- und beziehungsgeschichtliche Ansätze vergeblich. Während er die engen Handlungsspielräume der DDR-Außenpolitik an der machtpolitischen Dimension des »Moskauer Oktroi«⁹ festmacht, bleibt die zentrale Funktion des sowjetischen Gesellschaftsmodells als Vorbild und Maßstab für die innere Ordnung der DDR ausgeklammert. Mit der strikten Abgrenzung von Gorbatschows bahnbrechender Politik der Offenheit und des politischen Pluralismus stellte Honecker die Vorbildfunktion des sowjetischen Gesellschaftsmodells in Frage, aus der die SED die Existenzberechtigung der DDR als sozialistische Alternative zur Bundesrepublik und ihren Herrschaftsanspruch ableitete. Der doppelte Widerspruch, nur als Staat mit einer sozialistischen Ordnung zur westdeutschen Alternative, wirtschaftlich aber nur in Zusammenarbeit mit dem »Klassenfeind« überleben zu können, durch den das Feindbild einer »imperialistischen«, »revanchistischen BRD« immer weiter verschwamm und die Anziehungskraft des westdeutschen Konkurrenzmodells immer weiter stieg, wird von Wentker nur am Rande erwähnt, auch wenn er die westdeutsche Sogwirkung und die inneren Verhältnisse der DDR neben dem »Moskauer Oktroi« als die beiden anderen Faktoren anführt, die den Handlungsspielraum der DDR-Außenpolitik eng begrenzten.¹⁰

Die Wirkung dieser drei Faktoren hätte anhand der sich überstürzenden Ereignisse im annus mirabilis 1989/90 aufgezeigt werden können. Stattdessen endet der »Höhenflug und Absturz der Außenpolitik der DDR in den achtziger Jahren« mit der »Stagnation in den Beziehungen zu Westeuropa und den USA«, die, folgt man seinen drei Faktoren, eine zu vernachlässigende Größe für den engen Handlungsspiel-

⁷ Petra Weber: *Getrennt und doch vereint. Deutsch-deutsche Geschichte 1945–1989/90*, Berlin 2020, S. 16.

⁸ Hermann Wentker: *Die Deutschen und Gorbatschow. Der Gorbatschow-Diskurs im doppelten Deutschland 1985–1991*, Berlin 2020; Hermann Wentker: *Die Deutschen und Gorbatschow 1987 bis 1989. West- und ostdeutsche Perzeptionen zwischen Kontinuität und Wandel*, in: Hanns Jürgen Küsters (Hrsg.): *Der Zerfall der Sowjetunion und Deutschlands Wiedervereinigung*, Köln 2016, S. 119–150; Hermann Wentker: *Vom Gegner zum Partner. Gorbatschow und seine Politik im Urteil Helmut Kohls*, in: *Historisch-Politische Mitteilungen*, 22. Jg. (2015) H. 1, S. 1–34.

⁹ Hermann Wentker: *Außenpolitik in engen Grenzen. Die DDR im internationalen System 1949–1989*, München 2007, S. 6, 69, 211, 233, 394, 556, 560, 563 (künftig zitiert: Wentker: *In engen Grenzen*).

¹⁰ Ebd.

raum der DDR-Außenpolitik waren. Diejenigen, die wie Peter Graf Kielmansegg¹¹ die Geschichte der DDR berücksichtigten, fügen sie in eine Kontrastfolie des Versagens des SED-Staats im Gegensatz zur Erfolgsgeschichte Westdeutschlands als demokratischem Verfassungsstaat und Wohlstandsgesellschaft ein. Kielmansegg thematisiert den doppelten Neubeginn im Schatten der Zäsur des 8. Mai 1945 als »zwei ganz verschiedene Geschichten«: »[...] eine mit Zukunft und eine ohne Zukunft. An der zweiten interessiert vor allem, warum sie keine Zukunft hatte«. Die Frage, ob die DDR eine »deutsche Möglichkeit« gewesen sei, beantwortet er teleologisch. Für ihn konnte »die Zweistaatlichkeit« nicht von Dauer sein, weil »bei allen Unvollkommenheiten nur die westdeutsche Demokratie eine zukunftsfähige Antwort« geben konnte, während das »konkurrierende sozialistische Experiment« aufgrund der ihm innewohnenden kapitalen Konstruktionsfehler zum »Scheitern« verurteilt war.¹² Ebenso reduziert Hans-Ulrich Wehler die »ostdeutsche Satrapie« zu einem »Intermezzo«, die nur Stoff für eine Geschichte des Scheiterns biete, die seiner Meinung keine »ausführliche Analyse« verdiene. Wie Kielmansegg und Wehler sieht Hans-Peter Schwarz die DDR als »einen Fremdkörper in der deutschen Nationalgeschichte«. Während sich die Bundesrepublik dank des von Konrad Adenauer vollzogenen Weges nach Westen zum »geglückten Experiment« entwickeln konnte, hätte sich die DDR mit ihrer Ostbindung in eine »Sackgasse auf dem Weg in die Modernität«¹³ manövriert.

Darstellungen wie die von Kielmansegg, Wehler und Schwarz, die das Trennende, die Gegensätze und Unvereinbarkeiten zwischen den beiden deutschen Staaten betonen, blenden die Gründe aus, warum die Gesellschaftsstrategie so wichtig für die Existenz der DDR als sozialistische Alternative in direkter Nachbarschaft zum westdeutschen Konkurrenzstaat war und warum das SED-Regime an den Kernprinzipien des sowjetischen Gesellschaftsmodells stalinistischer Prägung so kompromisslos festhielt. Ungeklärt bleibt auch, warum sich die Interessen der Sowjetunion gegenüber der DDR seit Anfang der 1980er Jahre wandelten, warum sich das SED-Regime durch Gorbatschows Politik der Offenheit und des politischen Pluralismus in existenzieller Weise herausgefordert sah und warum der Zusammenbruch des SED-Staates im Herbst 1989 nicht in einem zweiten »17. Juni«, sondern im Zwei-plus-Vier-Vertrag endete.

Im Gegensatz zu Kielmansegg verfolgt Peter Bender mit dem von ihm entwickelten Ansatz »deutscher Parallelen« das Anliegen, stärker »die beiden Stränge der deutschen

¹¹ Peter Graf Kielmansegg: Nach der Katastrophe. Eine Geschichte des geteilten Deutschlands. Berlin 2000.

¹² Ebd., S. 12f., 677.

¹³ Hans-Peter Schwarz: Paradigmen zur Geschichte der Bundesrepublik. Eine Skizze, in: Alexander Gallus/Thomas Schubert/Tom Thieme (Hrsg.): Deutsche Kontroversen. Festschrift für Eckhard Jesse, Baden-Baden 2013, S. 113–126, hier: S. 114–118.

Nachkriegsentwicklung«¹⁴ zu berücksichtigen. Er entfaltet eine Parallelisierung auf der Ebene der Politikgeschichte – Vergangenheitsbewältigung (»Schuld und Sühne«), Handlungsspielräume Bonns und Ost-Berlins im Ost-West-Konflikt (»Emanzipation«) und die innenpolitischen Folgen der deutschen Zweitstaatlichkeit (»Einheit und Teilung«) –, die die Gemeinsamkeiten der deutschen Nachkriegsgeschichte und damit die »deutsche Sonderstellung« der beiden deutschen Staaten in den europäischen Staatenbeziehungen seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges betont.¹⁵ Auch wenn Bender die »Ost-West-Unterschiede« zwischen »demokratischem und autoritärem« Staat sowie dem »amerikanischen Commonwealth« und dem »sowjetischen Imperium«¹⁶ in Rechnung stellt und zwischen beiden deutschen Staaten ein asymmetrisches Verhältnis – für die meisten Ostdeutschen war nicht der Osten, sondern Westdeutschland der »Maßstab«¹⁷ – konstatiert, wirft seine These, dass »Bundesrepublik und DDR sich mit den gleichen Gegebenheiten und Notwendigkeiten konfrontiert sahen und oft darauf gleiche Antworten, nur spiegelverkehrt und nicht immer zur gleichen Zeit, fanden«,¹⁸ einige Probleme auf. Bender verknüpft die deutschen Parallelen in einer Weise, dass die asymmetrische Verflechtung in der Abgrenzung zwischen den beiden deutschen Teilstaaten »relativ blass«¹⁹ bleibt.

Mit der Betonung von »Schwierigkeiten und Notwendigkeiten«, denen Ost- und Westdeutschland als »Nachfolgestaaten des Hitlerreiches« und aufgrund ihrer Einbindung als Frontstaaten im Ost-West-Konflikt »gleichermaßen ausgesetzt waren«²⁰, stellt Bender sein berechtigtes Anliegen einer konsequent doppelten Perspektive in Frage, die spezifischen An- und Herausforderungen, mit denen sich der ostdeutsche Staat seit der doppelten Staatgründung konfrontiert sah, »besser in den Blick« des westdeutschen Betrachters zu rücken.²¹ Ebenso wenig kann Bender schlüssig erklären, dass sich die »zwei Parallelen nicht in der Unendlichkeit, sondern in der Vereinigung der Jahre 1989/90 trafen und darin untergingen«.²² Wenn die »Gemeinsamkeit der Probleme« die deutsche

¹⁴ Peter Bender: Episode oder Epoche? Zur Geschichte des geteilten Deutschlands, München 1996, S. 12 (zukünftig zitiert: Bender: Episode oder Epoche).

¹⁵ Peter Bender: Deutsche Parallelen. Anmerkungen zu einer gemeinsamen Geschichte zweier getrennter Staaten, Berlin 1989, S. 7–10 (künftig zitiert: Bender: Deutsche Parallelen); Peter Bender: Deutschlands Wiederkehr – Eine ungeteilte Nachkriegsgeschichte 1945–1990, Stuttgart 2007, S. 1–8 (künftig zitiert: Bender: Deutschlands Wiederkehr); Bender: Episode oder Epoche, S. 9–12.

¹⁶ Bender: Deutsche Parallelen, S. 9; Bender: Episode oder Epoche, S. 11.

¹⁷ Bender: Episode oder Epoche, S. 248.

¹⁸ Bender: Deutsche Parallelen, S. 9; Bender: Episode oder Epoche, S. 10.

¹⁹ Kleßmann: Spaltung und Verflechtung, S. 25.

²⁰ Bender: Episode oder Epoche, S. 9f.

²¹ Ebd., S. 12.

²² Ebd., S. 10, 122–125.

Nachkriegsgeschichte verband,²³ warum erlag die DDR ihrer »Krankheit«,²⁴ während die Bundesrepublik als »Starker« »Herr des [Vereinigungs-]Prozesses« wurde? Warum konnten die »Schwachen« (»das Volk«) dem vermeintlich »Starken« (»der Führung der deutschen Kommunisten«) »ihren Willen aufzwingen«²⁵, ohne dass in den Straßen Leipzigs und an der Berliner Mauer ein Schuss fiel und die Sowjetunion wie am 17. Juni 1953 militärisch eingriff? Kurzum: Warum blieben die »deutschen Parallelen« nur eine vier Jahrzehnte beschränkte »Episode« und keine unbegrenzt weitergetragene »Epoche«?²⁶

Konzeptionelle Überlegungen zur Dialektik von Verflechtung in der Abgrenzung

Verflechtung in den zwischenstaatlichen Beziehungen entsteht durch die Existenz eines Anderen, den man nicht ignorieren kann, weil dessen Existenz historisch, geografisch, kulturell, politisch, gesellschaftlich oder wirtschaftlich mit der eigenen eng verknüpft ist. Bereits in dem 1982 erschienenen ersten Band zur Geschichte beider deutscher Staaten von 1945 bis 1955 stellte Christoph Kleßmann fest, dass im ersten Jahrzehnt nach Kriegsende die Grundlagen für ein »spannungsreiches Nebeneinander zweier politisch völlig unterschiedlicher, [...] einander aber keineswegs völlig fremder Staaten« gelegt wurden, »die radikaler als alle übrigen europäischen Staaten voneinander getrennt sind, aber dennoch eine dialektische Einheit bilden«.²⁷ In seinem zweiten Band kommt er zu dem Ergebnis, dass die deutsche Nachkriegsgeschichte im Zeitraum von 1955 bis 1970 »bereits weitgehend die Geschichte zweierlei äußerst strikt voneinander getrennter Staaten« gewesen sei. Dennoch könne sie als »Beziehungsgeschichte« verstanden werden, in der »wichtige Legitimationsmuster aus der Negation des Konkurrenzstaates« abgeleitet werden können.²⁸ Trotz der Teilung konträrer Gesellschaftsordnungen und der Einbindung in die bipolare Struktur des Ost-West-Konflikts blieben die beiden deutschen Staaten von der doppelten Staatsgründung bis zur Wiedervereinigung stets aufeinander, wenngleich asymmetrisch, bezogen.²⁹

²³ Bender: Deutsche Parallelen, S. 9f.

²⁴ Bender: Deutschlands Wiederkehr, S. 216–224.

²⁵ Bender: Episode oder Epoche, S. 215f.; Bender: Deutschlands Wiederkehr, S. 236–240.

²⁶ Bender: Episode oder Epoche, S. 256.

²⁷ Christoph Kleßmann: Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955, Göttingen 1982, S. 303. – Vgl. Karl Dietrich Erdmann: Drei Staaten – zwei Nationen – ein Volk? Überlegungen zu einer deutschen Geschichte seit der Teilung, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 36. Jg. (1985) H. 10, S. 671–683, hier: S. 679.

²⁸ Christoph Kleßmann: Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955–1970, Bonn 1997, 2. überarbeitete und erw. Aufl., S. 10, 12, 13.

²⁹ Christoph Kleßmann: Spaltung und Verflechtung – Ein Konzept zur integrierten Nachkriegsgeschichte 1945 bis 1990, in: Christoph Kleßmann/Peter Lautzas (Hrsg.): Teilung und Integration,

Für die Bundesrepublik Deutschland (BRD) leitete sich die Verklammerung mit der DDR aus der in der Präambel des Grundgesetzes enthaltenen Forderung an »das gesamte Deutsche Volk« ab, »in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden«³⁰. Die Bundesrepublik durfte nichts tun, was diesen Anspruch, der völkerrechtlich durch das Selbstbestimmungsrecht der Völker abgesichert war, beeinträchtigt hätte. Den politischen Organen blieb es überlassen, »zu entscheiden, welche Wege sie zur Herbeiführung der Wiedervereinigung politisch richtig und zweckmäßig ans[a]hen«.³¹ Dabei hatten sie die drei unveräußerlichen Vorgaben des Grundgesetzes, »die allgemeinen Regeln des Völkerrechts«, insbesondere den Grundsatz der Gewaltfreiheit, zu beachten, sich zur Schaffung einer dauerhaften Friedensordnung »einem System kollektiver Sicherheit ein[zu]ordnen« und »als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden in der Welt zu dienen«, sowie eine freiheitliche Demokratie auf der Grundlage der Achtung der Menschenrechte und eines republikanisch und föderalen Rechtsstaates zu sichern. Ausdrücklich unterstrich die Präambel die Verantwortung aller Verfassungsorgane, auch für »jene Deutschen« zu handeln, »denen mitzuwirken versagt war«. Hieraus leitete sich der von dem Bundeskanzler Konrad Adenauer in seiner ersten Regierungserklärung begründete Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik gegenüber der DDR ab. Das zweite zentrale Element der Verflechtung entsprang der aus der Teilung herrührenden Notwendigkeit, der Zweistaatlichkeit ihr Trennendes für die betroffenen Menschen in Ost- und Westdeutschland zu nehmen sowie den Spannungsherd Berlin durch praktische Regelungen auf der Basis des Status quo ruhigzustellen und den West-Berlinern ihr Inselleben erträglicher zu machen. Das dritte Element der Verflechtung war das militärische Erfordernis, die auf dem Territorium der DDR stationierten sowjetischen Streitkräfte durch eine robuste Verteidigung im Bündnisrahmen vor einer militärischen Aggression gegen das Territorium der Bundesrepublik abzuschrecken. Angesichts ihrer geogra-

Bonn 2005, S. 20–36, hier: S. 23, 25, 30, 33 (künftig zitiert: Kleßmann: Spaltung und Verflechtung); Christoph Kleßmann: Verflechtung und Abgrenzung. Aspekte der geteilten und zusammengehörigen deutschen Nationalgeschichte, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 43. Jg. (1993) H. 29–30, S. 30–41, hier: S. 30 (künftig zitiert: Kleßmann: Verflechtung und Abgrenzung). – Vgl. Arnd Bauerkämper: Verflechtung in der Abgrenzung. Ein Paradox als Perspektive der historischen DDR-Forschung, in: Ulrich Mählert (Hrsg.): *Die DDR als Chance. Neue Perspektiven auf ein altes Thema*, Berlin 2016, S. 71–78, hier: S. 72–75; Dierk Hoffmann/Michael Schwartz/Hermann Wentker: *Die DDR als Chance. Desiderate und Perspektiven künftiger Forschung*, in: Ebd., S. 23–70, hier: S. 39–49.

³⁰ Das in der Präambel des Grundgesetzes festgeschriebene Ziel der Wiedervereinigung bestätigte das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil zum Grundlagenvertrag vom 31. Juli 1973 – 2 BvF 1/73.

³¹ Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 17. August 1956 – 1 BvB 2/51 (KPD-Verbot). – Vgl. 2 BvF 1/73.

fischen Exponiertheit im Ost-West-Konflikt, zugleich Mitte und Grenze in Europa zu sein, sahen sich die Bundesrepublik wie die DDR dem gleichen grundlegenden sicherheitspolitischen Dilemma gegenüber: Sie befanden sich in einer prekären geostrategischen Lage, die weder mit nuklearen noch mit konventionellen Waffen zu verteidigen war, ohne das, was verteidigt werden sollte, der Gefahr einer weitgehenden Zerstörung auszusetzen.³²

Die Verflechtung der DDR mit dem westdeutschen Staat beruhte auf der ostdeutschen Verfassung von 1949, die ebenfalls an dem Staatsziel Deutschlands als »unteilbare demokratische Republik«³³ festhielt. »Getragen von der Verantwortung, der ganzen deutschen Nation den Weg in eine Zukunft des Friedens und des Sozialismus zu weisen«, definierte die Verfassung vom 9. April 1968 die DDR als einen »sozialistischen Staat deutscher Nation«.³⁴ Demgegenüber wurden in der Verfassung vom 7. Oktober 1974 alle gesamtdeutschen Bezüge gestrichen und die deutsche Einheit nicht mehr als Staatsziel genannt. Im Gegensatz zu Walter Ulbricht, der an den fortbestehenden Gemeinsamkeiten zwischen den beiden deutschen Teilstaaten festhielt, betonte Erich Honecker die Eigenständigkeit der DDR als eine »sozialistische[] Nation, die sich in allen entscheidenden Merkmalen von der bürgerlichen Nation in der Bundesrepublik Deutschland unterscheidet«.³⁵ Auch wenn sich in den Nationen-Theorien der DDR-Verfassungen von 1949 und 1968 sowie 1974 die unterschiedlichen deutschlandpolitischen Ziele Ulbrichts und Honeckers als Reaktion auf die veränderten Anforderungen der sowjetischen Westpolitik seit Ende der 1940er bzw. Mitte der 1960er Jahre widerspiegelten, hatten sie eines gemeinsam: Sie definierten die DDR als einen sozialistischen Staat, der in Konkurrenz und Abgrenzung zu Westdeutschland den Anspruch auf »alle fortschrittlichen Traditionen des deutschen Volkes« erhob und die »historische Mission« der Arbeiterklasse im Sinne der marxistisch-leninistischen Ideologie beförderte.

³² Helmut Schmidt: Strategie des Gleichgewichts. Deutsche Friedenspolitik und die Weltmächte, Stuttgart 1969; Helmut Schmidt: Verteidigung oder Vergeltung. Ein deutscher Beitrag zum strategischen Problem der NATO, Stuttgart 1965, 3. Aufl. – Vgl. die vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt herausgegebenen drei Bände: Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik, München 1982ff. Für die zahlreichen Untersuchungen zum Verhältnis zwischen der NATO und der Bundesrepublik sei auf das Literaturverzeichnis verwiesen.

³³ Artikel 1 der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 7. Oktober 1949.

³⁴ Präambel und Artikel 1 der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 9. April 1968.

³⁵ Aus dem Bericht des Politbüros an die 13. Tagung des Zentralkomitees der SED. Berichtersteller: Genosse Erich Honecker, Erster Sekretär des ZK der SED, in: Neues Deutschland, 13. Dezember 1974. – Vgl. Andreas Malycha/Peter-Jochen Winters: Die SED. Geschichte einer deutschen Partei, München 2009, S. 203f.

Aufgrund der gegenüber den anderen sozialistischen Staaten fehlenden nationalen Identität konnte sich die DDR nur als Systemstaat, als »sozialistische Alternative« zur »kapitalistischen BRD« definieren.³⁶ Mit der doppelten Staatsgründung sah sich der SED-Staat als historische Alternative, die als sozialistischer deutscher Staat der »restaurativen kapitalistischen BRD« um »eine historische Epoche« voraus war. Damit lud er vom ersten Tag seiner Gründung zum Systemvergleich mit dem westdeutschen Konkurrenzstaat von parlamentarischer Demokratie und sozialer Marktwirtschaft ein. Was immer das SED-Regime auch unternahm, es sah sich im langen Schatten der Bundesrepublik. Das westdeutsche Konkurrenzmodell führte den DDR-Bürgern im Fernsehzeitalter täglich vor Augen, wie man Regieren und Wirtschaften anders und vor allem besser machen konnte. Dagegen konnte die überwältigende Mehrheit der Bundesbürger wenig Attraktives jenseits der Mauer erkennen. Das SED-System als Negativfolie erleichterte die Herausbildung einer demokratischen Gegenidentität in der Bundesrepublik, die sich an westlichen Vorbildern parlamentarischer Demokratie und Lebensweisen orientierte.³⁷ Die Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten blieben damit durchgehend asymmetrisch. Westdeutschland blieb stets der Referenzpunkt, auf den die materiellen und politischen Wünsche der DDR-Bevölkerung ausgerichtet waren.³⁸

Von der doppelten Staatsgründung 1949 bis zur Vereinigung am 3. Oktober 1990 können vier Phasen³⁹ unterschieden werden:

1. Verflechtung in der Abgrenzung (1949–1969): Bis Ende der 1960er Jahre verfolgten die beiden deutschen Staaten eine Politik der maximalen Forderungen – gegeneinander gerichtete Überlegenheitsansprüche ihrer entgegengesetzten Gesellschaftsordnungen, die Nichtanerkennung und diplomatische Isolierung der DDR (Hallstein-Doktrin), der Bau der Berliner Mauer, die volle völkerrechtliche Anerken-

³⁶ Otto Reinhold: Die »sozialistische Identität« der DDR. Beitrag für Radio DDR, Sendung »Wir, unsere Zeit«, am 19. August 1989 (Auszug), in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 34. Jg. (1989) H. 10, S. 1175 (künftig zitiert: Reinhold: Sozialistische Identität); Otto Reinhold: Vierzig Jahre DDR – eine sozialistische Alternative, in: Horizont, 22. Jg. (1989) H. 10, S. 9.

³⁷ Konrad H. Jarausch/Hannes Sigrist (Hrsg.): Amerikanisierung und Sowjetisierung in Deutschland 1945–1970, Frankfurt am Main 1997; Anselm Doering-Manteuffel: Wie westlich sind die Deutschen? Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert, Göttingen 1999; Werner Weidenfeld/Karl-Rudolf Korte: Die Deutschen. Profil einer Nation, Stuttgart 1991.

³⁸ Kleßmann: Spaltung und Verflechtung, S. 22; Kleßmann: Verflechtung und Abgrenzung, S. 40.

³⁹ Haftendorn: Sicherheit und Entspannung, S. 49–60; Peter Bender: Wege zu einer Nachkriegsgeschichte Deutschlands, in: Wolfgang Hardtwig/Heinrich-August Winkler (Hrsg.): Deutsche Entfremdung. Zum Befinden in Ost und West, München 1994, S. 68–82, hier: S. 71–73; Wolfram F. Hanrieder: Deutschland, Europa, Amerika. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949–1994, Paderborn 1995, 2. Aufl., S. 4 (künftig zitiert: Hanrieder Deutschland, Europa, Amerika); Wolfram F. Hanrieder: Germany, America, Europe. Forty Years of German Foreign Policy, New Haven, CT, 1989, S. 3f. (künftig zitiert: Hanrieder: Germany, America, Europe); Wentker: Außenpolitik in engen Grenzen, S. 22f.

nung und Gleichberechtigung (Ulbricht-Doktrin) –, die die immer größer werdende Kluft zwischen gemeinsamem Anspruch (Wiedererlangung der nationalen Einheit) und der politischen Realität (Vertiefung der Teilung) offenlegte.

2. Verflechtung zwischen Annäherung und Abgrenzung (1969/70–1978/79): Mit dem Grundlagenvertrag beendete die sozial-liberale Koalition den deutschen Sonderkonflikt auf der Grundlage des bestehenden Status quo. Die Beilegung des Anerkennungsstreites verknüpfte sie mit einer Politik des »Wandels durch Annäherung«, die Mauer durch den Ausbau von Kontakten und Kommunikation durchlässiger zu machen. Die SED-Führung hielt an ihrer rigorosen Abgrenzungspolitik zur »imperialistischen BRD« fest, baute den staatlichen Repressionsapparat weiter aus, und legte ein kostspieliges sozialpolitisches Programm auf, um durch eine fühlbare Erhöhung des Konsumstandards den DDR-Bürgern die Vorzüge der entwickelten sozialistischen Gesellschaft vor Augen zu führen. In der Folgezeit richteten Bonn und Ost-Berlin ihre Bemühungen darauf, ihre Beziehungen in den Bereichen Wirtschaft, Handel, Kultur, Post- und Fernmeldewesen, Umwelt, Verkehr sowie Kontakte und Kommunikation schrittweise auszubauen, ohne von ihren unvereinbaren Rechtsstandpunkten abzurücken. In der KSZE-Schlussakte offenbarte sich das unterschiedliche Anliegen der Bundesregierung und der SED-Führung, das sie mit der Entspannungspolitik verbanden: Während die Bundesregierung in der Schlussakte die Möglichkeit verbesserter innerdeutscher Beziehungen vor allem in den Bereichen Kontakte, Informationen und Ideen sah, drängte die SED-Führung auf völkerrechtliche Gleichbehandlung der DDR und Wahrung der eigenen Systemautonomie.

3. Verflechtung als »goldener Angelhaken«⁴⁰ (1979–1984/85): Die Bundesregierung und das SED-Regime hatten ein gemeinsames Interesse, die deutsch-deutsche Dialogpolitik fortzusetzen, auch wenn ihre nationalen Ziele unterschiedlich waren. Als die DDR Ende der 1970er Jahre in eine schwierige wirtschaftliche und finanzielle Lage geriet, fand sie Hilfe nicht beim großen Klassenbruder im Osten, sondern bei den Stammesbrüdern in Westdeutschland. Der Ausbau der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zur Bundesrepublik gewann an strategischer Bedeutung, die für die SED-Führung schwerer wog als die Forderung des Kremls, die Bundesregierung Schmidt/Genscher für ihre »entschiedene« Unterstützung des NATO-Doppelbeschlusses mit »größerer Härte« zu bestrafen.⁴¹ Mit der Durchsetzung ihrer Junktim-Politik Geld gegen mensch-

⁴⁰ Julij Kwizinskij: Vor dem Sturm. Erinnerungen eines Diplomaten, Berlin 1993, S. 261 (künftig zitiert: Kwizinskij: Vor dem Sturm).

⁴¹ Niederschrift über das Treffen zwischen Genossen L. I. Breschnew und Genossen E. Honecker am Montag, dem 3. August 1981, auf der Krim, in: Hans-Hermann Hertle/Konrad H. Jarausch (Hrsg.): Risse im Bruderbund. Gespräche Honecker-Breschnew 1974 bis 1982, Berlin 2006, S. 198–231, hier: S. 202f., 220 (künftig zitiert: Hertle/Jarausch: Risse).

liche Erleichterungen und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur von der Bundesrepublik nach West-Berlin erweiterten sich die Handlungsmöglichkeiten der Bundesregierungen Schmidt und Kohl, in dem Maß, wie an die Stelle der sowjetischen Machtklammer die lähmende Abhängigkeit der DDR vom westdeutschen Konkurrenzstaat trat.

4. Verflechtung in der Auflösung (1985–1990): Die bis zum Staatsbesuch Honeckers in Bonn im September 1987 praktizierte Politik der kleinen Schritte auf gouvernementaler Ebene wurde durch die eruptiven Veränderungen in der DDR im Herbst 1989 überrollt. Nach der Öffnung der Berliner Mauer und dem anhaltenden Exodus von DDR-Bürgern in die Bundesrepublik war die Deutschlandpolitik der Bundesregierung darauf gerichtet, im Schnellschritt die Wiedervereinigung zu erreichen. Im Vereinigungsprozess übernahm die Bundesregierung die Führungsrolle, während sich die Rolle der Regierung de Mazière bei der Aushandlung der Wirtschafts- und Währungsunion und des Zwei-plus-Vier-Vertrages darauf beschränkte, dem zuzustimmen, was die Bundesregierung und die Vier Mächte ausgehandelt hatten.⁴² Der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik am 3. Oktober 1990 auf der Grundlage von Artikel 23 des Grundgesetzes markierte das Ende des für die geteilte Nachkriegsgeschichte charakteristischen Beziehungsmusters von Verflechtung in der Abgrenzung.

Die zweite Dimension der geteilten deutsch-deutschen Nachkriegsgeschichte war die Einbindung der beiden deutschen Teilstaaten in die strukturellen Abhängigkeiten des Ost-West-Konflikts. Durch die Teilung Deutschlands, die nur mit Zustimmung der Vier Siegermächte als oberste Kontrollinstanz revidiert werden konnte, und wegen der Unfähigkeit, mit eigenen Streitkräften die territoriale Integrität ihres Staatsgebietes und den Schutz der Bevölkerung gegen einen militärischen Angriff zu sichern, waren für beide deutschen Staaten die Grenzen eigenständigen Handelns in den Bereichen der Deutschland- und Sicherheitspolitik eng gezogen. Aufgrund der Abhängigkeit von den militärischen Beistandsgarantien der amerikanischen Schutzmacht war die Organisation der westdeutschen Landesverteidigung »weitgehend außengeleitet«.⁴³ Das zentrale deutschlandpolitische Anliegen der Bundesrepublik – die Wiedererlangung der nationalen Einheit in Frieden und Freiheit – hing entscheidend von den Interessenkonstellationen der USA und der Sowjetunion ab. Es war vor allem die Bereitschaft Bundeskanzler Konrad Adenauers zur festen und dauerhaften Einbindung der Bundesrepublik in die europäisch-transatlantischen Handlungszusammenhänge – die

⁴² Markus Meckel: 2 plus 4: »Ihr könnt mitmachen, aber nichts ändern«, Deutschland Archiv, 16. Oktober 2020 [<https://www.bpb.de/themen/deutschlandarchiv/315302/2-plus-4-ihr-koennt-mitmachen-aber-nichts-aendern>].

⁴³ Helga Haftendorn: Sicherheit und Entspannung. Zur Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1955–1982, Baden-Baden 1986, 2. Aufl., S. 738 (künftig zitiert: Haftendorn: Sicherheit und Entspannung).

Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), die Westeuropäische Union (WEU), die Nordatlantische Verteidigungsorganisation (NATO), die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG)/die Europäische Atomgemeinschaft (Euratom) –, mit der die Bundesrepublik ihre freiwillig auferlegten Selbstbeschränkungen in Einflussmöglichkeiten⁴⁴ umwandeln konnte, die die Regierung Brandt/Scheel mit ihrer Neuen Ostpolitik selbstbewusst wahrnahm.

In den für die Sowjetunion sensiblen Bereichen der Deutschland- und Militärpolitik blieb die DDR bis in die 1980er Jahre »in außergewöhnlichem Maße fremdbestimmt«.⁴⁵ In den Beziehungen zum westdeutschen Staat forderte die sowjetische Führung eine prinzipienfeste Politik nach dem Motto »meine Meinung ist unsere Meinung«⁴⁶ ein. Das System der Landesverteidigung und die Grundprinzipien des Aufbaus und der Ausbildung der Nationalen Volksarmee (NVA) waren auf das sowjetische Modell und die operativen Erfordernisse der offensiv ausgerichteten sowjetischen Militärdoktrin ausgerichtet.⁴⁷ Die DDR war ein Musterbeispiel für ein penetriertes System, deren Außen- und Sicherheitspolitik »gänzlich von der Sowjetunion und ihrer internationalen Politik abhängig« war,⁴⁸ auch wenn sich die Risse im Bruderbund seit Mitte der 1970er Jahre vor allem in der Deutschlandpolitik immer weiter vertieften und Anfang der 1980er Jahre auch den Bereich der Sicherheitspolitik erfassten, als Moskau und Ost-Berlin unterschiedliche Schlussfolgerungen aus dem NATO-Doppelbeschluss zogen.

⁴⁴ Helga Haftendorn: Deutsche Außenpolitik zwischen Selbstbeschränkung und Selbstbehauptung 1945–2000, Stuttgart/München 2001, S. 13–15; Helga Haftendorn: Außenpolitische Prioritäten und Handlungsspielraum. Ein Paradigma zur Analyse der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, in: Politische Vierteljahresschrift, 30. Jg. (1989) H. 1, S. 32–49; Haftendorn: Sicherheit und Entspannung, S. 32–48; Hanrieder: Deutschland, Europa, Amerika, S. XIXf., 1–10; Hanrieder: Germany, America, Europe, S. IX, 5, 24.

⁴⁵ Gerhard Wettig: Die sowjetische Besatzungsmacht und der politische Handlungsspielraum in der SBZ (1945–1949), in: Ulrich Pfeil (Hrsg.): Die DDR und der Westen. Transnationale Beziehungen im Kalten Krieg 1949–1989, Berlin 2001, S. 39–61, hier: S. 60.

⁴⁶ Protokoll einer Unterredung zwischen L. I. Breschnew und Erich Honecker am 28. Juli 1970, in: Peter Przybylski: Tatort Politbüro. Die Akte Honecker Berlin 1991, S. 280–288, hier: S. 282 (künftig zitiert: Przybylski: Die Akte Honecker).

⁴⁷ Reinhard Brühl: Im Gefolge Moskaus? Sowjetischer Einfluss und Eigenständigkeit in der Militärpolitik der SED, in: Walter Jablonsky/Wolfgang Wünsche (Hrsg.): Im Gleichschritt? Zur Geschichte der NVA, Berlin 2001, S. 11–67, hier: S. 13, 19, 23, 38, 42, 46 (künftig zitiert: Brühl: Im Gefolge Moskaus); Wolfgang Wünsche: Sowjetische Militärdoktrin – DDR-Militärdoktrin – Landesverteidigung der DDR, in: Wolfgang Wünsche (Hrsg.): Rührt euch! Zur Geschichte der NVA, Berlin 1998, S. 100–129, hier: S. 118; Fritz Streletz: Der Nationale Verteidigungsrat und das Vereinte Kommando des Warschauer Vertrages, in: Wolfgang Wünsche (Hrsg.): Rührt euch! Zur Geschichte der NVA, Berlin 1998, S. 130–173, hier: S. 133, 153, 155, 158 (künftig zitiert: Streletz: Nationale Verteidigungsrat).

⁴⁸ Hermann Axen: Ich war ein Diener der Partei. Autobiografische Gespräche mit Harald Neubert, Berlin 1996, S. 406.

Wie die deutsch-deutschen Beziehungen wies auch das Verhältnis der beiden deutschen Staaten zu ihren Schutzmächten asymmetrische Beziehungsmuster auf. Die DDR war ein »abgeleitetes totalitäres System« (Richard Löwenthal): aufgebaut auf der Grundlage des von Stalin geprägten sowjetischen Sozialismusmodells und der ihm immanenten Leitungsmethoden, die zum »Kernbestandteil«⁴⁹ der Identität der DDR wurden. Das sowjetische Staats- und Gesellschaftsmodell als Vorbild und Maßstab für die DDR spiegelte sich in dem Motto wider: »Von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen!« Die kritiklose Übernahme des sowjetischen Gesellschaftssystems schloss eine Abkehr in Richtung eines »Sozialismus mit menschlichem Antlitz« kategorisch aus, mit der die identitätsstiftende Vorbildfunktion der Sowjetunion ebenso wie der historische Unfehlbarkeitsanspruch der SED infrage gestellt worden wären.

Für Bonn und Ost-Berlin gab es einen gravierenden Unterschied zwischen dem Weißen Haus und dem Kreml als Ansprechpartner. Während die USA nach Kriegsende ein liberales Ordnungssystem in Westeuropa errichteten, das den europäischen Verbündeten Mitwirkungsmöglichkeiten⁵⁰ einräumte, etablierte die Sowjetunion unter Führung Josef Stalins ein imperiales System in Osteuropa, das die »sozialistischen Bruderstaaten« zu Befehlsempfängern des Kremls degradierte.⁵¹ Im Warschauer Vertrag entschied die Sowjetunion die zentralen politischen und militärischen Fragen nach ihren Interessen, ohne Formen der Zusammenarbeit mit ihren Verbündeten zu entwickeln, aus denen sich partnerschaftliche Beziehungen hätten entwickeln können. Auch wenn die von Chruschtschow 1956 eingeleitete Entsattelisierung den Ostblock-Staaten

⁴⁹ Norman M. Naimark: *The Russians in Germany. A History of the Soviet Zone of Occupation, 1945–1949*, Cambridge, MA, 1995, S. 471. – Vgl. Andreas Malycha: *Die SED. Geschichte ihrer Stalinisierung 1946–1953*, Paderborn 2000.

⁵⁰ Karl W. Deutsch et al.: *Political Community and the North Atlantic Area. International Organization in the Light of Historical Experience*, New York 1957; Melvyn P. Leffler: *The Emergence of an American Grand Strategy 1945–1952*, in: Melvyn P. Leffler/Odd Arne Westad (Hrsg.): *The Cold War*, Bd. 1: *Origins*, Cambridge 2010, S. 67–89; Geir Lundestad: *The United States and Western Europe since 1945. From »Empire« by Invitation to Transatlantic Drift*, Oxford 2005, S. 27–59; Geir Lundestad: *Empire by Integration. The United States and European Integration, 1945–1997*, Oxford 1997; Geir Lundestad: *Empire by Invitation? The United States and Western Europe, 1945–1952*, in: *Journal of Peace Research*, 23. Jg. (1986) H. 3, S. 263–277; Thomas Risse-Kappen: *Cooperation among Democracies. The European Influence on U.S. Foreign Policy*, Princeton, NJ, 1995; G. John Ikenberry: *After Victory. Strategic Restraint and the Rebuilding of Order after Major Wars*, Princeton, NJ, 2001; Marc Trachtenberg: *Between Empire and Alliance. America and Europe During the Cold War*, Lanham, Md, 2003.

⁵¹ Vojtech Mastny: *The Cold War and Soviet Insecurity. The Stalin Years*, Oxford 1996; Philip Taubman: *Stalin's America Policy. From Entente to Détente to Cold War*, New York 1982; Donal O'Sullivan: *Stalins »Cordon Sanitaire«*. Die sowjetische Osteuropapolitik und die Reaktionen des Westens 1939–1949, Paderborn 2003; Vladislav M. Zubok: *A Failed Empire. The Soviet Union in the Cold War from Stalin to Gorbachev*, Chapel Hill, NC, 2009, S. S. 29–61 (künftig zitiert: Zubok: *A Failed Empire*).

größere Handlungsspielräume einräumte,⁵² definierte die sowjetische Intervention in Ungarn Anfang November 1956 die Grenzen der Autonomie der Mitglieder des Sowjetblocks⁵³, die sich in der »Breschnew-Doktrin« über die begrenzte Souveränität der sozialistischen Staaten⁵⁴ manifestierten.

Die Ostbindung der DDR unterschied sich in zweifacher Hinsicht von der Westbindung der Bundesrepublik. Die seit Kriegsende in der SBZ/DDR stationierten sowjetischen Streitkräfte hatten eine doppelte Funktion: Nach außen sicherten sie den »cordon sanitaire« in Osteuropa auf der Grundlage einer offensiv gegen die NATO ausgerichteten Militärdoktrin ab. Nach innen sorgte die Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland (GSSD) bis zum außenpolitischen Kurswechsel unter Michail Gorbatschow Ende der 1980er Jahre für die Sicherung der sozialistischen Ordnung der DDR. Das »existenzielle Grunddilemma«⁵⁵ des SED-Staates, nur mit der sowjetischen Beistandsgarantie existieren zu können, brachte Leonid Breschnew in einem Gespräch mit Erich Honecker am 28. Juni 1970 treffend auf den Punkt: »Erich, ich sage Dir offen, vergesse das nie. Die DDR kann ohne uns, ohne die Sowjetunion, ohne ihre Macht und Stärke nicht existieren. Ohne uns gibt es keine DDR.«⁵⁶ Die DDR gab es allein auf-

⁵² Boris Meissner: Von Stalins Imperium zum hegemonischen Bündnis, in: Richard Löwenthal (Hrsg.): Ist der Osten noch ein Block? Stuttgart 1967, S. 11–32; Richard Löwenthal: Vormachtkontrolle und Autonomie in der Entwicklung des Sowjetblocks, in: Richard Löwenthal/Boris Meissner (Hrsg.): Der Sowjetblock zwischen Vormachtkontrolle und Autonomie, Köln 1984, S. 11–47; Richard Löwenthal: The Limits of Intra-bloc Pluralism. The Changing Threshold of Soviet Intervention, in: International Journal, 37. Jg. (1982) H. 2, S. 263–284 (künftig zitiert: Löwenthal: Intra-bloc Pluralism).

⁵³ Löwenthal: The Limits of Intra-bloc Pluralism; Torsten Diedrich: Die DDR zwischen den Blöcken. Der Einfluss des Warschauer Pakts auf Staat, Militär und Gesellschaft der DDR, in: Torsten Diedrich/Winfried Heinemann/Christian F. Ostermann (Hrsg.): Der Warschauer Pakt. Von der Gründung bis zum Zusammenbruch 1955 bis 1991, Berlin 2009, S. 85–118; Gerhard Wettig: Abhängigkeiten und Handlungsspielräume der SBZ/DDR im Verhältnis zur UdSSR 1945–1955, in: Deutscher Bundestag (Hrsg.): Materialien der Enquete-Kommission »Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der Deutschen Einheit«, Bd. VIII/3, Baden-Baden 1999, S. 2546–2626; Gerhard Wettig: Autonomy and Dependence. The East German Regime's Relationship with the USSR, in: Laurence MacFalls/Lothar Probst (Hrsg.): After the GDR. New Perspectives on the Old GDR and the Young Länder, Amsterdam 2001, S. 49–75; Gerhard Wettig: Sowjetische Deutschland-Politik, 1953 bis 1958. Korrekturen an Stalins Erbe, Chruschtschows Aufstieg und der Weg zum Berlin-Ultimatum, München 2011.

⁵⁴ Boris Meissner: Die Breschnew-Doktrin. Das Prinzip des »proletarischen Internationalismus« und die Theorie von den »verschiedenen Wegen zum Sozialismus«, Köln 1969; Thomas W. Wolfe: Soviet Power and Europe, 1945–1970, Baltimore, MD, 1970; Matthew J. Ouimet: The Rise and Fall of the Brezhnev Doctrine in Soviet Foreign Policy, Chapel Hill, NC, 2003; Mark Kramer: Die Breschnew-Doktrin und ihre Auswirkungen auf die »Ostpolitik«, in: Michael Borchard/Stefan Karner/Hanns-Küsters/Peter Ruggenthaler (Hrsg.): Entspannung im Kalten Krieg. Der Weg zum Moskauer Vertrag und zur KSZE, Graz 2020, S. 225–246.

⁵⁵ Muth: DDR-Außenpolitik 1949–1972, S. 52.

⁵⁶ Peter Przybylski: Tatort Politbüro, S. 281.

grund der sowjetischen Interessenlage in Europa, für die die DDR wegen ihrer geostrategischen Lage von zentraler Bedeutung in der Systemauseinandersetzung mit dem Westen war. Das SED-Regime unterwarf sich der Abhängigkeit von der Sowjetunion »freiwillig«, da das sowjetische Gesellschaftsmodell für die sozialistische Identität und die sowjetische Beistandsgarantie für die Sicherung der sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung der DDR »von existenzieller Bedeutung«⁵⁷ war. Die Staatsräson der DDR bewegte sich zwischen dem Abhängigkeitsverhältnis sui generis von der Sowjetunion und der strikten Abgrenzung zum westdeutschen Konkurrenzmodell.⁵⁸

Ebenso spiegelte sich die Abhängigkeit von der Sowjetunion in den Wirtschaftsbeziehungen wider. Die Übernahme der Grundzüge des sowjetischen Wirtschaftssystems, die Ausrichtung des DDR-Außenhandels auf die Vorgaben des von der Sowjetunion dominierten Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW), und vor allem der Import dringend benötigter fossiler Energieträger (Erdöl) aus der Sowjetunion zu Preisen unter dem Weltmarktniveau banden die DDR-Volkswirtschaft in einem extremen Maß an die östliche Vormacht.⁵⁹ Demgegenüber erwies sich die Einbindung in die westeuropäischen Integrationsstrukturen zusammen mit dem Konzept der sozialen Marktwirtschaft als außerordentlich förderlich für den Wiederaufbau einer leistungsfähigen westdeutschen Wirtschaft.⁶⁰ Sie verwandelten Westdeutschland in kurzer Zeit zu einem ökonomischen Magneten, der zum Anziehungspunkt für die ostdeutsche Bevölkerung für Wohlstand und Freiheit wurde.

Nicht zuletzt als führende Wirtschaftsnation in Europa gelang es der Bundesrepublik, ihr Gewicht gegenüber Moskau auszubauen. Sie konnte der Sowjetunion anbieten, was die DDR nicht liefern konnte: dringend benötigtes westliches »know how«. Die enge Zusammenarbeit, vor allem im Bereich der Energiewirtschaft (»Gas gegen Röhren«), legte die Grundlage für eine »pragmatische Partnerschaft«⁶¹ zwischen Moskau

⁵⁷ Brühl: Im Gefolge Moskaus, S. 36.

⁵⁸ Hermann Wentker: Die Staatsräson der DDR, in: Günther Heydemann/Eckart Klein (Hrsg.): Staatsräson in Deutschland, Berlin 2003, S.143–161, hier: S. 153–157.

⁵⁹ Christoph Buchheim: Die Achillesverse der DDR – der Außenhandel, in: André Steiner (Hrsg.): Überholen ohne einzuholen. Die DDR-Wirtschaft als Fußnote der deutschen Geschichte? München 2006, S. 91–103; Christoph Buchheim: Wirtschaftliche Folgen der Integration der DDR in den RGW, in: Christoph Buchheim (Hrsg.): Wirtschaftliche Folgelasten des Krieges in der SBZ/DDR, Baden-Baden 1995, S. 341–361, hier: S. 349–351; André Steiner: Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR, München 2004, S. 63–67.

⁶⁰ Werner Abelshauer: Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Von 1945 bis zur Gegenwart, München 2011, 2. Aufl.

⁶¹ Olga Pavlenko: Die Wirtschaft als Triebfeder der Entspannung: von erzwungener Kooperation zur pragmatischen Partnerschaft, in: Michael Borchard/Stefan Karner/Hanns-Küsters/Peter Ruggenthaler (Hrsg.): Entspannung im Kalten Krieg. Der Weg zum Moskauer Vertrag und zur KSZE, Graz 2020, S. 387–412; Andrej Keller: Der sowjetisch-bundesdeutsche Energiedialog als Basis der Entspannung, in: Ebd., S. 413–427.

und Bonn. Demgegenüber blieb die DDR für die USA wegen der geringen internationalen Wettbewerbsfähigkeit ihrer Volkswirtschaft und des langen Schattens der Bundesrepublik eine »force négligeable«, deren Verhältnis sich im Wesentlichen auf die Verwaltung ihrer diplomatischen Beziehungen gegenüber der großen Bundesrepublik beschränkte.⁶²

Der Periodisierung der deutsch-deutschen Beziehungen folgend, lassen sich vier Phasen der Beziehungen der beiden deutschen Staaten zu dem dynamisch sich entwickelnden Ost-West-Konflikt unterscheiden:

1. Verflechtung unter regressiven Vorzeichen (1949–1969): Angesichts der sich weiter zuspitzenden Spannungen zwischen Ost und West von der ersten Berlin-Krise (1948/49) bis zur Kuba-Krise im Oktober 1962 blieb Deutschland Streitursache, Streitobjekt und Kampffeld in einem sich dynamisch wandelnden Ost-West-Konflikt. Die friedliche Beilegung der Kuba-Krise im Oktober 1962 schärfte das Bewusstsein in Washington und Moskau, dass die Gefahren einer zugespitzten Konfrontation am atomaren Abgrund nur durch eine Politik der Zusammenarbeit und der Kriegsverhütung auf der Grundlage der Anerkennung des Status quo in Europa entschärft werden konnten. Die Kennedy- und Johnson-Administrationen drängten die CDU-geführten Bundesregierungen, ihre Rechtsansprüche in der Deutschlandfrage (Alleinvertretungsanspruch, Nichtanerkennung der DDR) zugunsten einer Regelung des deutschen Sonderkonflikts aufzugeben. Umgekehrt forderte die sowjetische Führung die Festschreibung ihres Besitzstandes in Osteuropa ein, die die völkerrechtliche Anerkennung der Nachkriegsgrenzen in Europa und die Teilung Deutschlands einschloss.⁶³ Deckte sich die Zielsetzung der sowjetischen Westpolitik mit dem Staatsziel der DDR, ihre völkerrechtliche Anerkennung und Gleichberechtigung auf internationalem Parkett zu erlangen, verloren die CDU-geführten Bundesregierungen mit ihrem Festhalten an ihrer formalrechtlichen Position ihrer Deutschlandpolitik die Unterstützung der drei Westmächte, die Bonn als Haupthindernis ihrer Entspannungsbemühungen betrachteten.

2. Verflechtung im Zeichen der Entspannungspolitik (1969–1978/9): Mit der Neuen Ostpolitik gelang es der sozial-liberalen Koalition, einen Modus vivendi für die Erblasten des Zweiten Weltkrieges mit Moskau, Warschau, Ost-Berlin und Prag auf der Grundlage der faktischen Hinnahme der Teilung Europas und Deutschlands und der

⁶² Burton C. Gaida; USA – DDR. Politische, kulturelle und wirtschaftliche Beziehungen seit 1974, Bochum 1989; Christian M. Ostermann: Die USA und die DDR (1949–1989), in: Ulrich Pfeil (Hrsg.): DDR und der Westen. Transnationale Beziehungen 1949–1989, Berlin 2001, S. 165–184; Christian M. Ostermann: In Bonns Schatten: Die Beziehungen zwischen Washington und Ost-Berlin, in: Detlef Junker (Hrsg.): Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges 1945–1990. Ein Handbuch, Bd. II, Stuttgart/München 2001, S. 152–162.

⁶³ Gerhard Wettig: Europäische Sicherheit. Das europäische Staatensystem in der sowjetischen Außenpolitik 1966–1972; Zubok: A Failed Empire, S. 192–226.

Anerkennung der Rechte und Verantwortlichkeiten der vier Siegermächte für Deutschland als Ganzes und Berlin zu vereinbaren. Die Nixon-Administration benutzte die alliierten Siegerrechte und die Verhandlungen zum Viermächte-Abkommen über Berlin als Hebel, um Tempo und Ablauf der deutsch-sowjetischen Verhandlungen zu kontrollieren. Umgekehrt sah sich die SED-Führung vom Kreml in die Pflicht genommen, den Vorrang des Abschlusses des Moskauer Vertrages ebenso wie die sowjetischen Zugeständnisse hinsichtlich der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR als Vorgabe für den Grundlagenvertrag zu akzeptieren. Mit der Ratifizierung der Ostverträge öffnete sich das Tor für eine Multilateralisierung des Entspannungsprozesses im Rahmen der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit (KSZE). Mit der KSZE-Schlussakte von Helsinki gelang es der Bundesregierung, ihre Rechtsvorbehalte in der deutschen Frage im Prinzipienkatalog und ihre Vorstellungen von Wandel durch freiere Bewegung von Personen, Ideen und Informationen in Korb III unterzubringen. Demgegenüber sah sich die SED-Führung aufgrund des sowjetischen Zugeständnisses, kooperative Austauschbeziehungen zwischen Ost und West auch auf den humanitären Bereich (Korb III) auszudehnen, in der Folgezeit mit einer Ausreisebewegung konfrontiert, die das statische Verständnis des Ostens nach Anerkennung des Status quo in der Mitte Europas in Frage stellte.

3. Verflechtung im Zeichen einer neuen Eiszeit zwischen den beiden Supermächten (1979–1984/85): Angesichts der Ende der 1970er Jahre spürbaren Verhärtung in den Beziehungen zwischen den USA und der UdSSR waren es die beiden deutschen Staaten, die als Vorreiter für eine Fortsetzung der europäischen Entspannungsprozesses sich aktiv dafür einsetzten, die beiden Supermächte zur Aufnahme von Verhandlungen über atomare Mittelstreckenraketen zu bewegen. Während Bundeskanzler Schmidt nach dem NATO-Doppelbeschluss und dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan als Dolmetscher zwischen Moskau und Washington reiste, um die beiden Supermächte wieder zu Gesprächen zu bringen, drängte SED-Generalsekretär Honecker die sowjetische Führung, von ihrer Bestrafungspolitik gegenüber der Bundesrepublik als wichtigsten Verbündeten der USA Abstand zu nehmen und stattdessen eine Verhandlungslösung bei den atomaren Mittelstreckenwaffen zu suchen, die eine sowjetische Nach-Nachrüstung überflüssig machen würde. Bonn und Ost-Berlin waren auf eine Schadensbegrenzung bedacht, durch eine Fortsetzung ihrer Dialogpolitik eine neue Eiszeit in ihren Beziehungen zu vermeiden und durch praktische Vernunft bestehende Konflikte beizulegen.

4. Verflechtung im Sog des Gorbatschow-Faktors (1985–1990): Die von Michail Gorbatschows Reformpolitik und seinem neuen Denken ausgehenden Veränderungen in der sowjetischen Innen- und Außenpolitik hatten nicht nur für die Beziehungen der Sowjetunion zu den »sozialistischen Bruderstaaten« weitreichende Folgen. Sie veränderten auch grundlegend die Beziehungen im Dreiecksverhältnis Moskau–Bonn–

Ost-Berlin. Nach einem retardierenden Moment von mehr als zwei Jahren räumte die Kreml-Führung der Bundesrepublik als größte Wirtschaftsmacht in Europa eine privilegierte Position ein, während sich die SED-Führung durch Gorbatschows gesamt-europäischen Zukunftspläne preisgegeben fühlte und durch seine Politik der Offenheit und des Pluralismus die Sicherung der sozialistischen Ordnung der DDR existenziell bedroht sah. Die konsequente Anwendung der Prinzipien der freien Wahl und Gewaltlosigkeit durch den Kreml stellte das auf den Kopf, was seit der Gründung der DDR gegolten hatte: Der SED-Staat war im Herbst 1989 auf seine eigenen Kräfte angewiesen. Die von Gorbatschow seit 1988 forcierte Abkehr von der imperialen Osteuropapolitik seiner Vorgänger war der Schlüssel, der das Tor zum Zwei-plus-Vier-Vertrag öffnete, mit dem Deutschland seine nationale Einheit und seine volle staatliche Souveränität wiedererlangte und den von Konrad Adenauer eingeschlagenen Weg nach Westen als »raison d'être« der Außenpolitik der Berliner Republik fortsetzte. Aus den konzeptionellen Überlegungen zum Wechselverhältnis von Verflechtung und Abgrenzung können vier Schlussfolgerungen gezogen werden:

1. Mit dem Anfangspunkt der doppelten Staatsgründung 1949 und der Wiedervereinigung 1990 als Endpunkt war Verflechtung in der Abgrenzung kein statisches, sondern ein dynamisches Konzept, in dem sich die Entwicklung zwischen den beiden deutschen Teilstaaten von gegenseitigen Maximalforderungen hin zur Koalition der Vernunft im Kontext der sich zwischen regressiver und kooperativer Konfliktregelungsmechanismen bewegenden Ost-West-Beziehungen widerspiegelte.

2. Die beiden deutschen Teilstaaten blieben trotz der Teilung aufeinander, wenngleich asymmetrisch, bezogen: Konnte die Bundesrepublik problemlos ohne die DDR existieren, hing die Existenzberechtigung der DDR als ein Staat ohne nationale Identität von einer strikten Abgrenzung zur »kapitalistischen BRD« ab. Mit dem Eingeständnis, dass die DDR nur »als sozialistische Alternative zur BRD denkbar«⁶⁴ war, erkannte das SED-Regime die »untrennbare« Verflechtung mit der Bundesrepublik an. Die Systemkonkurrenz zur und Abgrenzung von der Bonner Republik war das »eigentliche raison d'être« der DDR.⁶⁵

3. Aller Abgrenzung zum Trotz konnte sich der »erste deutsche Arbeiter- und Bauernstaat« nicht der Magnetwirkung des westdeutschen Konkurrenzstaates entziehen, die die begrenzte Loyalität seiner Bürger zum eigenen, ungeliebten SED-Staat offenlegte. Die große Mehrheit der DDR-Bürger sah in der Bundesrepublik die Referenzgesellschaft für ihre persönlichen Vorstellungen von Freiheit und Wohlstand. Dieser

⁶⁴ Reinhold: Sozialistische Identität, S. 1175.

⁶⁵ Martin Sabrow: Die DDR im nationalen Gedächtnis, in: Jörg Baberowski et al. (Hrsg.): Geschichte ist immer Gegenwart. Vier Thesen zur Zeitgeschichte, Stuttgart/München 2001, S. 91–111, hier: S. 99.

Systemvergleich forderte das SED-Regime zu einem Konkurrenzkampf heraus, dessen Ausgang es dank der sowjetischen Intervention am 17. Juni 1953, des Baus der Mauer am 13. August 1961⁶⁶ und der Expansion des Repressionsapparates bis Ende der 1980er Jahre hinauszögern konnte, ohne gegenüber der eigenen Bevölkerung den Nachweis zu erbringen, das »bessere« Deutschland zu sein.

4. Aufgrund des durchgängigen asymmetrischen Beziehungsmusters erklärt das Konzept der Verflechtung in der Abgrenzung vor allem die Entwicklung des SED-Staates von seiner Gründung bis zu seinem Zusammenbruch vier Jahrzehnte später.

Für einen Erklärungsansatz, der die Verflechtung zwischen den beiden deutschen Teilstaaten trotz staatlicher Trennung und systemischer Unterschiede betont und nicht teleologischen Interpretationsmustern folgt, müssen zwei Bemerkungen angefügt werden:

1. Die prinzipiellen Unterschiede zwischen westdeutscher Demokratie und volksdemokratischer Diktatur der DDR werden in der Analyse und in der Wertung nicht verwischt. Der 17. Juni 1953 und der 9. Oktober/November 1989 stehen für den Drang der DDR-Bevölkerung nach individueller und politischer Freiheit, wie sie die Bonner Republik vier Jahrzehnte erfolgreich vorgelebt hatte.

2. Das Konzept der Verflechtung in der Abgrenzung folgt nicht einer deterministischen Sicht historischer Abläufe. So war der Ausgang der eruptiven Veränderungen in der DDR im Herbst 1989 für die politischen Entscheidungsträger in Bonn und Ost-Berlin nicht vorbestimmt. Das SED-Regime verfügte mit fast 600.000 bewaffneten Kräften der NVA, der Grenztruppen, des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) und der Deutschen Volkspolizei (DVP) sowie den »Kämpfern der Arbeiterklasse« über ausreichende militärische Fähigkeiten, »alle anstehenden Aufgaben« zur Verteidigung der sozialistischen Ordnung in der DDR »auch ohne Hilfe der Sowjetarmee erfüllen zu können«⁶⁷, obgleich diese Fähigkeiten bisher nicht im Innern ohne sowjetische Absicherung eingesetzt worden waren. Mit ihrer Abkehr von der etatistischen Deutschlandpolitik der kleinen Schritte nach der Öffnung der Mauer am 9. November 1989 betrat die Bundesregierung Kohl/Genscher Neuland. Sie stand vor der politisch herausfordernden Aufgabe, eine Überwindung der Teilung Deutschlands im Schnellschritt in die Wege zu leiten, ohne zu einem zweiten »17. Juni« in der DDR beizutragen,

⁶⁶ Dietrich Staritz bezeichnete den Mauerbau als »heimlichen Gründungstag der DDR«, ohne den sie personell ausgeblutet wäre. Dietrich Staritz: Geschichte der DDR, Frankfurt am Main 1996, S. 196.

⁶⁷ Fritz Streletz: Die Handlungen der obersten militärischen Führung der DDR im Herbst 1989 zur Gewährleistung der Gewaltlosigkeit, in: Zeitzeugen der Nationalen Volksarmee und der Grenztruppen der DDR zu den Ereignissen im Herbst 1989 und im Jahr 1990, hrsg. von der Initiativgemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe und der Zollverwaltung der DDR, Berlin, August 2014, S. 3–31, hier: S. 24.

ohne den innenpolitischen Rückhalt Gorbatschows zu untergraben und ohne die Zustimmung der westlichen Verbündeten zu verlieren.

Untersuchungsinteresse

Die Studie über die Verflechtung in der Abgrenzung in den Beziehungen zwischen den beiden deutschen Teilstaaten von der doppelten Staatsgründung bis zur deutschen Wiedervereinigung untersucht vier miteinander verflochtene Fragestellungen.

Episode statt Epoche: Im Mittelpunkt steht die Frage, wie aller Gegensätze zwischen den beiden deutschen Teilstaaten und ihrer Einbindung in das bipolare System des Ost-West-Konflikts zum Trotz die Umkehr der geteilten deutsch-deutschen Nachkriegsgeschichte von der Teilung zur Wiedergewinnung der nationalen Einheit und vollen staatlichen Souveränität am 3. Oktober 1990 möglich werden konnte. Warum blieb die asymmetrische Verflechtung in der Abgrenzung eine endliche deutsche Geschichte, die sich mit dem Zwei-plus-Vier-Vertrag auflöste?

Die Tolstoi-Frage: Das auf vier Jahrzehnte befristete Wechselverhältnis von Verflechtung und Abgrenzung wirft eine zweite Frage auf: Warum endete die Revolution im Herbst 1989 nicht in einem zweiten »17. Juni 1953«? George F. Kennan, der Architekt der amerikanischen »Containment«-Politik, hatte Recht behalten, dass die Sowjetunion und ihr osteuropäisches Imperium an den Widersprüchen eines kommunistischen Herrschaftssystems zusammenbrechen würden. Er hatte jedoch warnend hinzugefügt, dass der Prozess des Zusammenbruchs des Sowjetkommunismus der gefährlichste Augenblick sei, weil die sowjetische Führung in einer für sie ausweglosen Situation ihr Heil in einer militärischen Konfliktauseinandersetzung mit dem Westen suchen könnte. Als Antwort auf die eruptive Entwicklung in der DDR im Herbst 1989 konnte die Wiederholung einer gewaltsamen Niederschlagung des Bürgerprotests in den Straßen der DDR wie am 17. Juni 1953 nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden. Der friedliche Ausgang der Herbst-Revolution in der DDR wirft die Frage auf, warum die Sowjetunion als Schutzmacht der DDR nicht militärisch eingriff, um das SED-Regime wie im Juni 1953 im Sattel zu halten bzw. warum die SED-Führung trotz ausreichender eigener militärischer Fähigkeiten ihre Drohung einer »chinesischen Lösung« in den Straßen Leipzigs am 9. Oktober nicht in die Tat umsetzte. Dem Verflechtungsansatz folgend, warf die revolutionäre Transformation in Osteuropa für die politische Verantwortlichen in Bonn die politisch heikle Frage auf, eine dynamische Entwicklung in der DDR mit dem erklärten Ziel zu befördern, die Teilung Deutschlands zu überwinden, ohne einer gewaltsamen Eskalation des Konflikts in der DDR Vorschub zu leisten.

Stabilität von oben vs. Freiheit von unten: Der westdeutsche »Realismus« hatte aus der Erfahrung, angesichts der atomaren Realität nichts gegen den Einsatz militärischer

Gewalt jenseits des »Eisernen Vorhangs« 1953, 1956 und 1968 tun zu können, in den 1960er Jahren das Konzept des »Wandels durch Annäherung« entwickelt, das auf der Akzeptanz des Status quo in der Mitte Europas beruhte. Die Paradoxie des Konzepts bestand darin, dass Wandel nur von oben in Absprache mit den kommunistischen Machthabern erreicht werden konnte. Die kommunistischen Regime mussten gestärkt werden, um ihren Griff zu lockern: »Liberalisierung durch Stabilisierung«. Die Bereitschaft der westdeutschen Politik, die DDR als eine langlebige deutsche Normalität zu akzeptieren, warf angesichts der revolutionären Veränderungen in Osteuropa in der zweiten Hälfte des 1980er Jahre die Frage auf, ob ein in homöopathischen Dosen verabreichter Wandel den Erfordernissen der neuen Realität des Wandels von unten (»Befreiung durch Destabilisierung«), des Versuchs der Ostdeutschen, sich selbst vom Joch des SED-Realsozialismus zu befreien, entsprach oder ob diese neue Realität nicht eine Neue Deutschlandpolitik erforderte, die sich von der Prämisse der Neuen Ostpolitik löste und stattdessen den Protest der DDR-Bevölkerung aktiv dabei unterstützte, den Griff des SED-Regimes zu beseitigen.⁶⁸

Ursache und Wirkung: Was waren die Ursachen für die Umkehr der geteilten deutschen Nachkriegsgeschichte Ende der 1980er Jahre? Hatte die von der Neuen Ostpolitik und dem Helsinki-Prozess ausgehende Dynamik der freieren Bewegung von Personen, Ideen und Informationen die verkrusteten Herrschaftsstrukturen des SED-Staates so weit perforiert, dass sie im Herbst 1989 wie ein Kartenhaus zusammenbrachen? Oliver Bange brachte diesen von ihm unterstellten kausalen Zusammenhang prägnant auf den Punkt: »Die DDR handelte in Helsinki [...] ihren eigenen Untergang aus.«⁶⁹ Oder spiegelte sich im Herbst 1989 ein mit der doppelten Staatsgründung beginnender Prozess wider, in dem die SED-Führung in Abgrenzung zum westdeutschen Konkurrenzmodell kompromisslos an der sozialistischen Ordnung nach sowjetischem Vorbild festhielt, mit der sie genau das erreichte, was sie unter allen Umständen verhindern wollte: das Ende der DDR als sozialistischer Staat?

⁶⁸ Timothy Garton Ash: Im Namen Europas. Deutschland und der geteilte Kontinent, München/Wien 1993 (künftig zitiert: Ash: Im Namen Europas).

⁶⁹ Oliver Bange: The GDR in the Era of Détente. Conflicting Perceptions and Strategies, 1965–1975, in: Poul Villaume und Odd Arne Westad (Hrsg.): Perforating the Iron Curtain: European Détente, Transatlantic Relations, and the Cold War, 1965–1985, Copenhagen 2010, S. 57–77, hier: S. 57; Oliver Bange: Zwischen Bedrohungsperzeption und sozialistischem Selbstverständnis – Die DDR-Staatssicherheit und westliche Transformationsstrategien, 1966–1975, in: Torsten Diedrich/Walter Süß (Hrsg.): Militär und Staatssicherheit im Sicherheitskonzept der Warschauer-Pakt-Staaten, Berlin 2010, S. 253–296, hier: S. 253.

Die vier Problembereiche

Das Wechselverhältnis von asymmetrischer Verflechtung und Abgrenzung in der Systemauseinandersetzung des Ost-West-Konflikts wird im Untersuchungszeitraum von 1949 bis 1990 anhand von vier Aktionsfeldern in der Außen- und Sicherheitspolitik untersucht:

1. die Entwicklung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Teilstaaten im Kontext eines sich dynamisch verändernden Ost-West-Konflikts von der doppelten Staatsgründung bis zur Wahl Michail Gorbatschows zum neuen Generalsekretär der KPdSU (1949–1985);
2. die Auswirkungen des KSZE-Prozesses auf die deutschlandpolitischen Anliegen der Bundesregierung sowie den außenpolitischen Ansprüchen und den Folgen von Korb III für die innenpolitische Stabilität des SED-Staates (1973–1989);
3. die Rolle der beiden deutschen Staaten bei der Auseinandersetzung um den NATO-Doppelbeschluss von seiner Genese, der Rückkehr zu einer neuen Eiszeit in den Beziehungen zwischen den beiden Supermächten, der doppelten Null-Lösung bis hin zur Aussetzung der Modernisierung des atomaren Kurzstreckendispositivs der NATO (1972–1990);
4. die Umkehr der deutschen Nachkriegsgeschichte im Sog des Gorbatschow-Faktors und der friedlichen Herbst-Revolution in der DDR (1985–1990).

Aus der Fülle zeithistorischer Vorgänge werden jene hervorgehoben, die für die Bearbeitung der vier Aktionsfelder eine besondere Bedeutungs- und für die vier Fragestellungen eine Erklärungsdichte besitzen. Dieser eingegrenzte Blickwinkel wirkt zugleich verschärfend und verengend. Die vergleichende Untersuchung erhebt nicht Anspruch auf Vollständigkeit in der Darstellung und den zugrundeliegenden Entscheidungsprozessen, bei denen es unvermeidlich zu einer Vereinfachung komplexer Vorgänge kommt. Obwohl Ereignisse und Entwicklungen in der Nachkriegsgeschichte der beiden deutschen Teilstaaten untersucht werden, handelt es sich nicht um eine Ereignisgeschichte, sondern um die Erklärung des spezifisch deutschen Beziehungsmusters der Verflechtung in der Abgrenzung und dem Reagieren der Bundesregierungen von Konrad Adenauer bis Helmut Kohl und der SED-Führung unter Walter Ulbricht und Erich Honecker auf die sich wandelnden Herausforderungen des Ost-West-Konflikts, also um Strukturgeschichte. Wiederholungen lassen sich durch den vermischten chronologisch-thematischen Aufbau nicht immer vermeiden. Der Schwerpunkt liegt auf den Entwicklungen seit Ende der 1960er Jahre, in denen das dynamische Element in den Beziehungen zwischen den beiden deutschen Teilstaaten im Kontext der sich verändernden Ost-West-Beziehungen hervorstach.